

Anlagebedingungen für das Teilgesellschaftsvermögen Langfrist 1

Anlagestrategie und Anlagegrenzen

- (1) Das Teilgesellschaftsvermögen ist ein Hedgefonds nach § 283 Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB). Die Gesellschaft kann die Mittel des Teilgesellschaftsvermögens nach dem Grundsatz der Risikomischung in Form von
- Wertpapieren,
 - Geldmarktinstrumenten,
 - Derivaten,
 - Bankguthaben,
 - Anteilen oder Aktien an inländischen Investmentvermögen nach Maßgabe der §§ 196, 218, 220 und 230 KAGB sowie an entsprechenden ausländischen Investmentvermögen,
 - Edelmetallen und
 - Unternehmensbeteiligungen, wenn deren Verkehrswert ermittelt werden kann,

anlegen.

- (2) Die Gesellschaft kann für das Teilgesellschaftsvermögen zur Erreichung ihres Anlageziels folgende Strategien wählen:
- (a) Merger Arbitrage: Die Strategie beruht darauf, dass bei vielen Unternehmensmaßnahmen wie Zusammenschlüsse (Merger), Übernahmen (Acquisitions), Aktien-Splits, De-Listings, Squeeze-Outs die daraus resultierenden Kapitalmarktinformationen unterschiedlich verarbeitet und bewertet werden.
 - (b) Time Horizon Arbitrage: Die Strategie basiert auf den unterschiedlichen Zeithorizonten der Kapitalmarktteilnehmer für ihre Investments. Gezielt geht diese Strategie Anomalien im Kapitalmarkt an, wo langfristige Anlagehorizonte zu erfahrungsgemäß deutlich höherer Wertentwicklung führen.
 - (c) Institutional Constraint Arbitrage: Die Strategie basiert darauf, dass durch zunehmende interne und externe Zwänge (Constraints) bei Auswahl, Haltedauer und Fokussierung von Kapitalanlagen – insbesondere im Bereich institutioneller Investoren – mehr und mehr Anomalien entstehen.
 - (d) Systematische, regelbasierte Anlagestrategien: diese Strategien basieren auf festen Regeln für die Auswahl der

Vermögensstände die genau wie andere quantitative Strategien die Fehlerbehaftetheit menschlicher Interaktion und Emotion minimieren sollen: wie zum Beispiel fundamentales Indexieren in DAX, CAC 40, MIB, FT30 Werten und andere Indices. Diese Strategie basiert auf der Annahme, dass Aktien mit hoher Dividendenrendite und gleichzeitig niedrigem Kurs bessere Renditen abwerfen als der Gesamtmarkt.

- (e) Aktives Stock-Picking: Die Gesellschaft wählt gezielt einzelne Werte (stock picking) auf Basis eines bottom-up fundamentalen Investment-Prozesses aus, die langfristig überdurchschnittliche Wertentwicklung erwarten lassen. Dabei werden auf Dauer verteidigbarer Wettbewerbsvorteil, Integrität des Managements und attraktiver Preis in erster Linie berücksichtigt.
 - (f) Long/Short-Strategie: Im Rahmen dieser Strategie werden von der Gesellschaft als unterbewertet eingestufte Anlagegegenstände für Rechnung des Teilgesellschaftsvermögens in Erwartung einer Kurssteigerung gekauft (Long-Geschäft) und als überbewertet eingestufte Anlagegegenstände für Rechnung des Teilgesellschaftsvermögens leerverkauft (Short-Geschäft). Die jeweilige Gesamtposition der verschiedenen Anlageklassen muss hierbei nicht marktneutral sein, sondern kann je nach Einschätzung der Gesellschaft netto eine Long- oder Shortpositionierung aufweisen;
 - (g) Global Macro: Bei dieser Strategie werden auf Grund der Auswertung makroökonomischer Indikatoren, wie beispielsweise Zins- und Währungsschwankungen, aber auch bedeutende politische und sonstige Ereignisse, globale Trends prognostiziert, die die Grundlage für die Anlageentscheidung bilden.
 - (h) Public - Private Arbitrage: Die Strategie basiert darauf, dass zu unterschiedlichen Zeiten börsennotierte (public) und nicht-börsennotierte (private) Unternehmen ein und derselben Branche und vergleichbarer ökonomischer Merkmale deutliche Bewertungsunterschiede aufweisen können. Durch Investments in die relativ niedriger bewertete Art strebt die Gesellschaft eine langfristige Outperformance an.
- (3) Die Anlage in Beteiligungen an Unternehmen, die nicht an einer Börse zugelassen oder in einen organisierten Markt einbezogen sind, ist auf 30 Prozent des Wertes des Teilgesellschaftsvermögens beschränkt.
- (4) Die Gesellschaft kann für Rechnung des Teilgesellschaftsvermögens Leerverkäufe tätigen.

- (5) Die Gesellschaft darf für Rechnung des Teilgesellschaftsvermögens Kredite in beträchtlichem Umfang aufnehmen.
- (6) Der Einsatz von Derivaten für Rechnung des Teilgesellschaftsvermögens ist in beträchtlichem Umfang gestattet.
- (7) Die Anlage in Anlageaktien an einem anderen Teilgesellschaftsvermögen der Gesellschaft ist nur gestattet, wenn die Gesellschaft für das andere Teilgesellschaftsvermögen keine Aktien am Teilgesellschaftsvermögen hält.
- (8) Die Gesellschaft darf für das Teilgesellschaftsvermögen Wertpapier-Darlehensgeschäfte als Darlehensgeberin und als Darlehensnehmerin sowie Wertpapier-Pensionsgeschäfte als Pensionsgeberin und als Pensionsnehmerin abschließen.
- (9) Darüber hinaus ist die Gesellschaft mit Ausnahme der in der Satzung enthaltenen Bestimmungen an keine Anlagegrenzen gebunden.

Ausgabe und Rücknahme von Aktien

- (10) Die Ausgabe von Aktien erfolgt jeweils zum letzten Bonner Bankarbeitstag eines jeden Kalendervierteljahres (Ausgabetermin). Der Vorstand kann weitere Ausgabetermine sowie weitere Einzelheiten des Ausgabeverfahrens einschließlich der Form und Frist bestimmen. Die Ausgabetermine und weiteren Einzelheiten sind im Verkaufsprospekt oder auf einem im Verkaufsprospekt offenzulegenden Weg bekanntzumachen.
- (11) Der Erstausgabepreis beträgt 100 € pro Aktie.
- (12) Die Rücknahme erfolgt mindestens zum letzten Bonner Bankarbeitstag eines jeden Kalendervierteljahres (Rücknahmetermin). Dazu hat der Aktionär spätestens 40 Kalendertage vor dem Rücknahmetermin (Tag der Rückgabeerklärung) eine unwiderrufliche Rückgabeerklärung gegenüber der Gesellschaft abzugeben. Unter Berücksichtigung der Aktionärsinteressen ist der Vorstand ermächtigt, weitere Rücknahmetermine und kürzere Erklärungsfristen vorübergehend oder dauerhaft zu bestimmen. Im Fall von im Inland in einem Depot verwahrten Aktien hat die Erklärung durch die depotführende Stelle im Namen des Aktionärs zu erfolgen. Die Aktien, auf die sich die Erklärung bezieht, sind bis zur tatsächlichen Rückgabe von der depotführenden Stelle zu sperren. Im Falle von nicht im Inland in einem Depot verwahrten Aktien wird die Erklärung erst wirksam und beginnt die in Satz 2 genannte Frist erst zu laufen, wenn von der Verwahrstelle die zurückzugebenden Aktien in ein Sperrdepot übertragen worden sind. Die Auszahlung des Rücknahmepreises

erfolgt spätestens 50 Bonner Bankarbeitstage nach dem Rücknahmetermin. Die weiteren Rücknahmetermine und Einzelheiten des Rücknahmeverfahrens sind im Verkaufsprospekt oder auf einem im Verkaufsprospekt offenzulegenden Weg bekanntzumachen; die weiteren Rücknahmetermine und kürzeren Erklärungsfristen müssen den Aktionären des Teilgesellschaftsvermögens spätestens 10 Tage vor dem Tag der Rückgabeerklärung bekanntgegeben werden.

Gewinnverwendung

- (13) Das Teilgesellschaftsvermögen ist thesaurierend und legt die während des Geschäftsjahres für Rechnung des Teilgesellschaftsvermögens angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten Zinsen, Dividenden und sonstigen Erträge sowie die Veräußerungsgewinne im Teilgesellschaftsvermögen wieder an. Der Anspruch der Aktionäre auf Verteilung des Bilanzgewinns ist ausgeschlossen.

Ertragsausgleichsverfahren

- (14) Die Gesellschaft wendet für das Teilgesellschaftsvermögen das Ertragsausgleichsverfahren an.

Vergütung der Gesellschaft nach § 7 Absatz 1 der Satzung

- (15) Die Gesellschaft erhält aus dem Teilgesellschaftsvermögen zugunsten des Betriebsvermögens für die Verwaltung des Teilgesellschaftsvermögens eine vierteljährliche Vergütung bis zur Höhe von 0,25 % (entspricht 1,00 % per anno) des Wertes des Teilgesellschaftsvermögens am Ende eines jeden Kalendervierteljahres.

Vergütungen, die an Dritte zu zahlen sind

- (16) Die Gesellschaft zahlt aus dem Teilgesellschaftsvermögen für die im Verkaufsprospekt näher beschriebene Administration des Teilgesellschaftsvermögens eine vierteljährliche Vergütung bis zur Höhe von 0,025 %, mindestens 10.000 Euro (entspricht 0,1 %, mindestens 40.000 Euro, per anno) des Wertes des Teilgesellschaftsvermögens am Ende eines jeden Kalendervierteljahres.
- (17) Die Gesellschaft zahlt aus dem Teilgesellschaftsvermögen für die Portfolioverwaltung des Teilgesellschaftsvermögens und für die

Anlageberatung zugunsten des Teilgesellschaftsvermögens eine vierteljährliche Vergütung bis zur Höhe von 0,25 % (entspricht 1,00 % per anno) des Wertes des Teilgesellschaftsvermögens am Ende eines jeden Kalendervierteljahres.

- (18) Darüber hinaus kann die Gesellschaft aus dem Teilgesellschaftsvermögen für die für das Teilgesellschaftsvermögen geleistete Portfolioverwaltung und Anlageberatung eine jährliche erfolgsabhängige Vergütung zahlen. Die erfolgsabhängige Vergütung beträgt bis zu 10 % der in einem Geschäftsjahr (Abrechnungsperiode) über eine Wertentwicklung des Teilgesellschaftsvermögens von 6 % hinausgehenden Wertentwicklung, wobei bei der Berechnung der Wertentwicklung die erfolgsabhängige Vergütung für das aktuelle Geschäftsjahr nicht berücksichtigt wird, jedoch insgesamt höchstens bis zu 10 % des Wertes des Teilgesellschaftsvermögens am Ende der Abrechnungsperiode. Falls die Wertentwicklung in einem Geschäftsjahr negativ sein sollte, so wird die Differenz als negativer Vortrag fortgeschrieben. Es fällt solange keine erfolgsabhängige Vergütung an, bis der negative Vortrag aufgeholt ist. Liegt kein negativer Vortrag aus vergangenen Geschäftsjahren vor oder ist die Wertentwicklung im jeweiligen Geschäftsjahr höher als der negative Vortrag, so wird die erfolgsabhängige Vergütung zum Ende des Geschäftsjahres dem Teilgesellschaftsvermögen belastet. Bei einer negativen Wertentwicklung im folgenden Geschäftsjahr besteht kein Rückzahlungsanspruch des Teilgesellschaftsvermögens auf die entnommene erfolgsabhängige Vergütung. Eine bereits im Wert der Aktien berücksichtigte erfolgsabhängige Vergütung wird entsprechend dem Ergebnis aufgelöst. Berechnungsgrundlage für die Ermittlung der Wertentwicklung der Aktien ist die BVI-Methode. Werden für das Teilgesellschaftsvermögen mehrere Portfolioverwalter und/oder Anlageberater beauftragt, so wird für jeden Portfolioverwalter und Anlageberater eine erfolgsabhängige Vergütung - jeweils bezogen auf den dem Portfolioverwalter oder Anlageberater zugeordneten Teil des Teilgesellschaftsvermögens - gesondert nach den Sätzen 1 bis 8 berechnet.
- (19) Die Verwahrstelle erhält für ihre Tätigkeit als Verwahrstelle im Sinne des Kapitalanlagegesetzbuchs aus dem Teilgesellschaftsvermögen eine vierteljährliche Vergütung bis zur Höhe von 0,01 %, mindestens 3.000 Euro (entspricht 0,04 %, mindestens 12.000 Euro, per anno) des Wertes des Teilgesellschaftsvermögens am Ende eines jeden Kalendervierteljahres.
- (20) Die Vergütungen nach den Nummern 16 bis 19 sind in der Verwaltungsvergütung nach Nummer 15 nicht enthalten und werden dem Teilgesellschaftsvermögen zusätzlich belastet. Die Vergütungen nach den Nummern 15 bis 19 werden zu jedem Ausgabetermin und zu jedem Rücknahmetermin zeitanteilig abgegrenzt. Der Betrag, der jährlich aus dem Teilgesellschaftsvermögen nach den vorstehenden

Nummern 15, 16, 17 und 19 als Vergütungen entnommen wird, kann insgesamt bis zu 2,14 % des Durchschnittswertes des Teilgesellschaftsvermögens, der aus den Werten am Ende eines jeden Kalendervierteljahres errechnet wird, betragen; die Zahlung von vereinbarten Mindestvergütungen gemäß den Nummern 16 und 19 bleibt hiervon unberührt.

Sonstige Aufwendungen

- (21) Neben den vorgenannten Vergütungen gehen die folgenden Aufwendungen zulasten des Teilgesellschaftsvermögens:
- a) bankübliche Depot- und Kontogebühren, ggf. einschließlich der banküblichen Kosten für die Verwahrung ausländischer Vermögensgegenstände im Ausland;
 - b) Kosten für den Druck und Versand der für die Aktionäre bestimmten gesetzlich vorgeschriebenen Verkaufs-, Vertriebs- und Informationsunterlagen;
 - c) Kosten der Bekanntmachung der Jahresabschlüsse und Halbjahresberichte, der Ausgabe- und Rücknahmepreise und ggf. der Ausschüttungen oder Thesaurierungen und des Auflösungsberichtes;
 - d) Kosten der Erstellung und Verwendung eines dauerhaften Datenträgers, außer im Fall der Informationen über Verschmelzungen des Teilgesellschaftsvermögens und der Informationen über Maßnahmen im Zusammenhang mit Anlagegrenzverletzungen oder Berechnungsfehlern bei der Aktienwertermittlung;
 - e) Kosten für die Prüfung des Teilgesellschaftsvermögens durch den Abschlussprüfer des Teilgesellschaftsvermögens;
 - f) Kosten für die Bekanntmachung der Besteuerungsgrundlagen und der Bescheinigung, dass die steuerlichen Angaben nach den Regeln des deutschen Steuerrechts ermittelt wurden;
 - g) Kosten für die Geltendmachung und Durchsetzung von Rechtsansprüchen durch die Gesellschaft für Rechnung des Teilgesellschaftsvermögens sowie der Abwehr von gegen die Gesellschaft zu Lasten des Teilgesellschaftsvermögens erhobenen Ansprüchen;
 - h) Gebühren und Kosten, die von staatlichen Stellen in Bezug auf das Teilgesellschaftsvermögen erhoben werden;

- i) Kosten für Rechts- und Steuerberatung im Hinblick auf das Teilgesellschaftsvermögen;
- j) Kosten sowie jegliche Entgelte, die mit dem Erwerb und/oder der Verwendung bzw. Nennung eines Vergleichsmaßstabes oder Finanzindizes anfallen können.
- k) Kosten für die Beauftragung von Stimmrechtsbevollmächtigten;
- l) Kosten für die Analyse des Anlageerfolges des Teilgesellschaftsvermögens durch Dritte;
- m) Kosten für die Lagerung, den Transport und die Versicherung der Edelmetalle;
- n) im Zusammenhang mit den an die Gesellschaft, die Verwahrstelle und Dritte zu zahlenden Vergütungen sowie den vorstehend genannten Aufwendungen anfallende Steuern einschließlich der im Zusammenhang mit der Verwaltung und Verwahrung entstehenden Steuern.

Transaktionskosten

- (22) Neben den vorgenannten Vergütungen und Aufwendungen werden dem Teilgesellschaftsvermögen die in Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Vermögensgegenständen entstehenden Kosten belastet.

Jahresabschluss und Halbjahresbericht

- (23) Jahresabschluss und Halbjahresbericht sind für die gesetzlich vorgesehenen Berichtszeiträume dem Publikum an den im Verkaufsprospekt angegebenen Stellen zugänglich.

Verwahrung der Vermögensgegenstände

- (24) Vermögensgegenstände des Teilgesellschaftsvermögens können bei der Verwahrstelle oder bei einem Primebroker im Sinne des § 1 Absatz 19 Nummer 34 KAGB verwahrt werden.

Verbot der Berechnung von Ausgabeauf- und Rücknahmeabschlägen

- (25) Beim Erwerb von Anteilen, die direkt oder indirekt von der Gesellschaft selbst oder einer anderen Gesellschaft verwaltet werden, mit der die Gesellschaft durch eine wesentliche

unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, darf die Gesellschaft oder die andere Gesellschaft für den Erwerb und die Rücknahme keine Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge berechnen.

Übergangsregelung

- (26) Solange Aktien von Privatanlegern im Sinne des § 1 Absatz 19 Nummer 31 KAGB gehalten werden, gilt § 350 Absatz 1 KAGB.